

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1925

489 (22.10.1925) Wähler-Zeitung für die badischen Landtags-Wahlen

Wähler-Zeitung

für die badischen Landtags-Wahlen
(25. Oktober 1925)

Herausgegeben von der Deutschen Volkspartei, Landesgeschäftsstelle in Karlsruhe, Kaiserstraße 82, Fernsprecher 3430 und 4311.

Die Rechnung vom 25. Oktober.

- Die Deutsche Volkspartei ist die Partei der nationalen Realpolitik.
 - Die Deutsche Volkspartei vertritt den freirechtlichen Gedanken in Stadt und Land, getreu der nationalliberalen Tradition in Baden.
 - Die Deutsche Volkspartei kämpft für das Recht des Bürgers und Bauerntums.
 - Die Deutsche Volkspartei bekennt sich zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt.
 - Die Deutsche Volkspartei will den konfessionellen Frieden.
- II.
- Es geht gegen die internationale Sozialdemokratie.
 - Es geht gegen den Machthunger des Zentrums.
 - Es geht gegen die Demokratie, die ein Anhängsel der beiden anderen Koalitionsparteien bildet.
 - Es geht gegen jede einseitige Interessenpolitik (Landbund oder Wirtschaftspartei.)
 - Es geht gegen jeden Radikalismus von rechts und links.
- III.
- Die Deutsche Volkspartei tritt ein für deutsche und christliche Kultur.
 - Die Deutsche Volkspartei erstrebt ehrlichen Herzens den Ausgleich der Gegensätze zwischen Stadt und Land, zwischen den Städten und Konfessionen.
 - Die Deutsche Volkspartei läßt an der Simultanschule nicht zücheln.
 - Die Deutsche Volkspartei ist die Vertreterin des gewerblichen wie des landwirtschaftlichen Mittelstandes.
 - Die Deutsche Volkspartei hält fest an dem Berufsbeamtentum und verlangt dessen Sicherstellung.
- IV.
- Wer mitkämpfen will gegen jedes Steuerrecht: wählt Deutsche Volkspartei.
 - Wer mitkämpfen will gegen die schwarz-rote Personalpolitik: wählt Deutsche Volkspartei.
 - Wer mitkämpfen will gegen den Geist des Rückschrittes und der Bevormundung: wählt Deutsche Volkspartei.
 - Wer mitkämpfen will gegen den Geist des Terroris der links-Neuland-Verbände: wählt Deutsche Volkspartei.
 - Wer mitkämpfen will für eine bessere Zukunft unseres Landes: wählt Deutsche Volkspartei.

- V.
- Der 25. Oktober ruft zum Kampfe gegen alles Undeutsche.
 - Der 25. Oktober fordert das Bekenntnis für die Reichseinheit.
 - Der 25. Oktober ruft Männer und Frauen zur Erfüllung der Staatsbürgerpflicht.
 - Der 25. Oktober mahnt die Jugend an die großen Taten ihres Volkes.
 - Der 25. Oktober sei ein Bekenntnis für deutsche und badische Art.

Wähler und Wählerinnen:
In fünf Kapiteln fünf Punkte: 5x5 = 25.
Also wählt am 25. Oktober 1925 überall die Liste 5
Deutsche Volkspartei
Unser Weg ist Arbeit, unser Ziel die deutsche Freiheit.

Reichstagswahlen oder Landtagswahlen?

Man stößt vielfach auf die Meinung, die Wahlen zum Reichstag seien die wichtigeren, für die Wahlen zum Landtag bestiehe weniger Interesse. Es sei auch nicht notwendig, sich um die Landtagswahlen besonders zu kümmern, da die Zuständigkeit des Landtags eine äußerst beschränkte sei. Das ist durchaus falsch, es gibt eine Unmenge von Dingen, die der landesgesetzlichen Regelung vorbehalten sind. Jeder, der Gelegenheit hat, in andere deutsche Länder zu kommen, weiß, wie unterschiedlich solche Dinge behandelt werden, die vielleicht ganz nebensächlich erscheinen, die aber in die Interessen der verschiedensten Berufsgruppen sehr erheblich einschneiden. Hier seien nur drei sehr wichtige Fragen erwähnt:

- Steuern.
Die Höhe der Grund- und Gewerbesteuer ist reine Landes- und Gemeindeangelegenheit.
Ebenso ist es den Ländern vorbehalten, wie sie die Reichsüberweisungen zwischen Land und Gemeinden verteilen wollen. Die vor kurzem beschlossene neue Steuerverteilung kostet die Stadt Pforzheim über 1 1/2 Millionen Minderüberweisungen, Karlsruhe 2 Millionen, Mannheim 4 Millionen. Diese Mindererinnahmen müssen durch Einschränkung der Ausgaben der Gemeinde und durch Erhöhung der Umlagen der Gemeinde ausgeglichen werden.
Das ist aber wohl die wichtigste Frage, die es gibt, und daraus schon ist zu erkennen, wie wichtig die Besetzung des Landtags ist.
- Reichsschulgesetz.
Der gegenwärtig im Umlauf befindliche Entwurf des Reichsschulgesetzes ist unannehmbar. Er betrügt uns um unsere Simultanschule und liefert an unsere Schulen den Kirchen aus, unter Ausschaltung staatlichen Bestimmungsrechtes. Es wird dringend notwendig sein, daß schon im Reichsrat der Widerstand gegen diesen Entwurf sich geltend macht. Der Reichsrat aber setzt sich aus den instruierten Vertretern der einzelnen Länder zusammen.
Wie aber auch das Reichsschulgesetz ausfallen wird, selbst wenn dort Vorbehalte für die Simultanschule festgelegt werden können, so wird es letzten Endes der Entscheidung des badischen Landtags überlassen sein, ob diese Simultanschule bei uns beibehalten wird oder nicht. Neben der Gefahr der Bekenntnisschulen besteht die Gefahr der Entfernung des Religionsunterrichts aus den Schulen. Ueber alle diese Fragen wird der nächste Landtag zu entscheiden haben.
- Änderung der Lehrerbildung.
Der alte Landtag beschäftigte sich mit dieser Frage, die eine außerordentliche kulturelle Bedeutung hat. Die Frage geht dahin: Welche Wege sind für die Neuordnung der Lehrerbildung zu beschreiten? Welche Mehrbelastung ergibt sich für den Staatshaushalt? Wie sind die Mittel aufzubringen?
- Staatsbetriebe.
Nach dem Zerfall der Staatseisenbahnen, die an das Reich übergingen, besitzt der Staat Domänen und Forsten, er ist Inhaber des Radenwerks und anderer Kraftwerke, ist beteiligt an der Rheinischfahrt usw.
Wie werden diese Vermögenswerte bewirtschaftet? Treibt der Staat eine volkswirtschaftlich richtige Tarifpolitik? Was geschieht mit den Ueberflüssen? Solche Fragen stehen sich noch mehr. Aber schon diese 4 Punkte lassen erkennen, wie wichtig die Arbeiten des Landtags sein werden.

Deutsche „Einigkeit“.

Die Reihenfolge der Wahlvorschlüsse wurde amtlich wie folgt festgelegt:

- Badische Zentrums-Partei;
- Sozialdemokratische Partei Badens;
- Deutsche demokratische Partei;
- Badischer Reichshod (Deutschnationale Volkspartei und Landbund);
- Deutsche Volkspartei;
- Kommunistische Partei;
- Wirtschaftliche Vereinigung;
- 8-11 Splitterparteien.

Bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen, die ebenfalls am 25. Oktober stattfinden, sind sogar 18 Listen aufgestellt.
Es ist schwer, dazu keine Satire über die deutsche Einigkeit zu schreiben.

Unsere Spitzenkandidaten.

Wir veröffentlichen nachstehend einige Angaben über unsere Spitzenkandidaten und Bilder, soweit uns diese in der Kürze der Zeit zugänglich gemacht werden konnten.

Dr. Wilhelm Maffes
Landwirt in Stodach, gehört dem Landtag seit 1921 an. Er ist Mitglied der Landwirtschaftskammer und Inhaber anderer Ehrenämter. Im Landtag besonders tätig für landwirtschaftliche Fragen, sowie auf den Gebieten der Finanz- und Steuerpolitik. In diesen Fragen auch schriftstellerisch hervorgetreten. — Kandidat im 1. Wahlkreis und auf der Landesliste.

Paul Klob
Gärtnermeister in Badenweiler (Landschaftsgärtner). 58 Jahre alt, eine im ganzen Bezirk geachtete und bekannte Persönlichkeit. Inhaber vieler Ehrenämter, stellte er seine Person der Deutschen Volkspartei für den Wahlkampf zur Verfügung. Er ist Kandidat im 2. Wahlkreis (Lörrach-Waldshut usw.).

Mahnung!
Die Treue steht zuerst, zuletzt
Im Himmel und auf Erden.
Wer ganz die Seele hineingesezt,
Dem muß die Krone werden.
Drum unverzagt und nimmer bleich
Und vorwärts allenthalben!
Die Freiheit und das Himmelreich
Verdienen keine Halben.



Erich Obkircher,
1. Staatsanwalt in Freiburg, geb. 1878 in Mannheim als jüngster Sohn des bad. Justizministers und ersten bad. Oberlandesgerichtspräsidenten, zugleich Präsidenten der 1. Kammer, Bruder des verstorbenen früheren Parteichefs der Nationalliberalen Partei Obkircher. Von 1912-1915 Vorsitzender der Nationallib. Partei in Neustadt i. Schw., nach dem Krieg Gründer der Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei in Waldshut, jetzt 2. Vorsitzender des Ortsvereins der Deutschen Volkspartei in Freiburg. (Kandidat im 3. Wahlkreis.)



Prof. Dr. Ludwig Nejer
in Offenburg, 38 Jahre, Philologe. Mehrere Jahre an der Volkshochschule tätig. Vorsitzender der D. V. B. im 4. Wahlkreis, Mitglied des Geschäftsf. Ausschusses. — Kandidat im Wahlkreis 4 (Offenburg Baden-Baden).

Wo stehen die alten Nationalliberalen?

Von Reichsminister Dr. Gustav Stresemann, M. d. R.

Die deutsche Volkspartei ist nicht, wie viele meinen, eine neue Partei, entstanden im Strudel der Revolution, sondern sie ist, nicht nur gedanklich, sondern auch formal, die gradlinige Fortsetzung der Nationalliberalen Partei. Die früheren nationalliberalen Führer waren ihre Führer.

Wir, die wir unter erschwerten neuen Verhältnissen die alte Fahne hochhalten, wir wollen dankbar daran denken, die vor uns waren. Es ist müßig zu fragen, was Ernst Bassermann in dieser Gegenwart tun würde. Am Alltag und an den einzelnen Gesetzesvorlagen ist es wohl nicht zu messen. Aber klar ist das eine: er würde eine nationale und freiheitliche Politik treiben. National nicht im Sinne der Ueberhebung, die da glaubt, daß dieser Begriff parteipolitisch gebunden werden könnte und sich abgrenze gegen diejenigen, die man vielleicht mehr gesellschaftlich und klasseninständig ablehnt. Der Mann, der die Zuchtstausvorlage bekämpfte, der Mann, der es ablehnte, indirekte Steuern zu bewilligen ohne den Ausgleich gerechter Besteuern, der Mann, der sich nichts so stolz war, als darauf, daß er auf den Schultern der Arbeiter in Saarbrücken in den Reichstag gewählt war, der als erster sich für die Gleichberechtigung der Sozialdemokratie in der Vertretung des Präsidiums des Deutschen Reichstags aussprach, der wäre der Letzte, der das Wort „national“ anders verstände, als im Sinne des Volksgemeinschaftsgebührens. Politik von Parteien ist letzten Endes doch immer Politik von Persönlichkeiten. Solange die Deutsche Volkspartei das Vermächtnis Ernst Bassermanns hochhält, wird sie sich auf dem rechten Weg befinden.

(Aus dem Vortwort zu der soeben erschienenen Schrift „Ernst Bassermann“, von E. v. Roon, Staatspolitischer Verlag Berlin.)

Der liberale Gedanke in der deutschen Volkspartei.

Von Reichstagsabg. Prof. Dr. Wilh. Kahl.

Das Wesen des Liberalismus läßt sich nicht konstruktiv theoretisch vermitteln, sondern nur geschichtlich begreifen. Er empfängt seinen bestimmten Zeitinhalt durch die jeweils gegebenen Bedingungen des Staats- und Volkslebens. Diese Bedingungen wechseln, aber sie können wiederkehren, mit ihnen der zeitgemäße Begriff des Liberalismus. So ist die Lage heute. Das Wesen des Liberalismus der Gegenwart in der Wortprägung, die sich mir im Kampf der letzten sieben Jahre hundertmal abgenötigt hat und die ich nur wiederholen kann, ist kein anderes, als der verantwortungsbewußte Tatfaktismus zu einer neuen Zeit. Der überlebte Normaltypus des Liberalismus mit seinen Variationen kann nicht das erschöpfende politische Lebensprinzip der Gegenwart und in ihr der Deutschen Volkspartei sein. Er ist insoweit konsumiert, als sein Freiheitsinhalt ohnehin mehr als genügend durch die Weimarer Verfassung gewährleistet wird. In diesem liberalen Bestehenden soll, soweit er vernünftig ist, nicht gerüttelt werden. Aber mit Grundrechten wird das Vaterland nicht gerettet. Seine Lage ist der von 1808 sehr ähnlich oder gleich. Damit auch die Aufgabe. In Steins Geist gilt es, die Zeichen der Zeit zu verstehen und mit verantwortungsbewußtem Tatfaktismus die praktischen Folgerungen aus den geschichtlich unerbittlich gelegten Entwicklungsbedingungen zu ziehen. Das ist Liberalismus, Fortschritt, wie ihn die ernste Gegenwart erfordert. Diese Abfindung mit der neuen Zeit ist wie für den Einzelnen so für die Partei eine unermesslich schwere, oft schmerzliche Leistung. Aber sie muß vollbracht werden, soll die Deutsche Volkspartei innerhalb der neuen Schichtung der politischen Kräfte ihre klare Stellung behaupten und ihren geschichtlichen Beruf erfüllen. Solche Neuorientierung bedeutet nicht Abkehr von der großen deutschen Vergangenheit, an der wir in unauslöschlicher Dankbarkeit und Bewunderung mit ganzer Seele hängen. Aber sie bringt die richtige Einstellung zu den neuen staatsrechtlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen Problemen. Sie schafft Klarheit über die zu treffende Einordnung der Partei auf der gesamtpolitischen Linie von links nach rechts. Alles kommt auf den Gegensatz an, in den man uns stellt. Gemessen an den Kräften der Revolution ist selbstverständlich die Deutsche Volkspartei eine Rechtspartei. Gegenübergestellt aber den neuen Staats- und Volkserfordernissen ist sie liberale, fortschreitende Partei, scharf unterschieden von den Beharrungstendenzen einer stark konservativen Weltanschauung. Solcher Liberalismus hantiert nicht mit Schlagworten, die vielleicht einen gefühlsmäßigen Wert, aber keinen klaren politischen Inhalt haben, nicht mit Vorkäufung von

Fünf Finger hast Du an jeder Hand!

Fünf Sinne-gebrauche sie mit Verstand!

Fünf ist die Liste unserer Kandidaten

Wähle Fünf so bist Du gut beraten!

Machtmitteln, die wir nicht besitzen, nicht mit Zammern um ein verlorenes Paradies, nicht mit grundsätzlichem Kampf gegen das werdende Neue. Er kann sich nur auswirken in nüchternem, realpolitischen Arbeit, auch da, wo sie schwerste Selbstüberwindung kostet und nicht vollstündlich, aber für das Vaterland in jehiger Lage notwendig ist. Er achtet die Verfassung als solche und erstrebt ihre Aenderung nur auf dem Wege des Rechts. Er stellt grundsätzlichen Verfassungsverstößen zurück, so lange die Lage des Staates es fordert. Getreu dem Grundgesetz deutscher Geschichtsentwicklung läßt er dem Föderalismus sein Recht, soweit er die Einheit des Reiches nicht gefährdet. Er würdigt mit ausgeschlossenen Sinn, vorurteilsfrei und wagemutig die neu auftauchenden Gesetzgebungsprobleme auf allen Gebieten des öffentlichen und bürgerlichen Rechts. Er wählt seine Koalitionen nicht nach schablonenhafter Parteigebundenheit, sondern nach den jeweiligen höchsten Zweckmäßigkeitsrücksichten auf das Wohl des Ganzen. In allen Fragen der äußeren Politik geht er allein die Wege der Anwesenheit, die zur Befreiung führen. Der Eintritt in den Völkerbund hängt ihm ausschließlich davon ab, ob inner- oder außerhalb seine wesentlichen nationalen Ziele wirksamer zu fördern sind. In keiner Entscheidung der inneren oder äußeren Politik läßt dieser aus dem verantwortungsbewußten Tatfaktismus zur neuen Zeit geborene und sich fortschreitend erneuernde Liberalismus im Stich. Er gehört zum Wesen der Deutschen Volkspartei.

Wen wählt der Bauer?

Von Albrecht Graf zu Stolberg-Wernigerode, M. d. pr. L.

Das Ziel der bevorstehenden Wahl ist: Sturz des Linksblocks. Daselbe Ziel galt im Herbst 1924 in Preußen. Das Zentrum war bereit, mit der Volkspartei, aber nicht mit den Deutschnationalen in eine Regierung zu gehen. Nur ein Sieg der Volkspartei hätte das Zentrum von der Sozialdemokraten abbringen können, der Sieg der Deutschnationalen trieb es erst recht in die Arme der Sozis. Und so sollte es in Baden, wo das Zentrum noch weiter links als in Preußen steht, erst recht gehen! Wer nationale Entwicklung in Baden will, der wähle deshalb nach den Erfahrungen mit den letzten Preußenwahlen die Deutsche Volkspartei.

Loren sind die, die nicht erkennen, daß der ländliche Klein- und Mittelbesitz, wie überhaupt der Mittelstand, die stärkste Stütze des Staates, in erster Linie der Förderung und des Schutzes bedarf. Ein restlose Zerstückelung des Großgrundbesitzes kann aber auch niemand wollen.

Die Deutsche Volkspartei hat im Gegensatz zu den Deutschnationalen, die den Getreidebau in den Vordergrund stellen, die Viehzucht in den Vordergrund der Zollpolitik gestellt, wissend, daß diese die Grundlage jeder intensiven Landwirtschaft und ganz besonders des Klein- und Mittelbesitzes und der Landarbeiter ist. Der Deutschen Volkspartei ist es deshalb zu danken, daß es wenigstens gelang, für Vieh Mindestzölle durchzusetzen.

Die Deutsche Volkspartei hat gegen die Stimmen der Deutschnationalen im Zollauschuß die Herabsetzung des Zolles auf Futtermittel, die Grundlage für bäuerliche Schweinemast und die der Landarbeiten, durchgesetzt.

Die Volkspartei hat im Kampfe gegen die Deutschnationalen erreicht, daß im Verwaltungsrat der Rentenbankkreditanstalt auch der bäuerliche Besitz sicheren Sitz hat, wenn auch noch nicht in dem seiner Bedeutung entsprechenden Maße. Sie wird darin weiter bemüht bleiben.

Dem Eintreten der Deutschen Volkspartei für den spanischen Handelsvertrag ist es zu danken, daß durch seine Annahme die Mög-

Liste Nr. 5.

Die Kandidatenlisten der Deutschen Volkspartei (Deutsche liberale Volkspartei) beginnen an den ersten Stellen mit folgenden Namen:

Wahlkreis 1 (Konstanz-Billingen).

1. Dr. Mattes, Landwirt, Stodach.
2. Schlossermeister Tränkle, Singen.
3. Dr. Durst, Augenarzt, Billingen.
4. Goldschmiedemeister Müller, Konstanz.

Wahlkreis 2 (Waldshut-Tiengen).

1. Klotz, Paul, Gärtnereibesitzer, Badenweiler.
2. Kieß, Heinrich, Landesökonomierat, Stühlingen.
3. Ringwald, Karl, Fabrikdirektor, Steinen.
4. Schmitt, Fritz, Rechtsanwalt, Lörrach.

Wahlkreis 3 (Freiburg-Waldkirch).

1. Döhrcher, Erich, Erster Staatsanwalt, Freiburg.
2. Karle, Friedrich, Landwirt und Altkatholik, Zhringen.
3. Elbs, Hermann, Präsident der Handwerkskammer und Feinmechaniker, Freiburg, Friedrichstraße 117.
4. Sid, Ernst, Bädermeister, Emmendingen.

Wahlkreis 4 (Offenburg-Baden).

1. Dr. L. Neiser, Professor, Offenburg.
2. Th. Wid, Landesökonomierat, Ettenheim.
3. P. Kappeler, Hotelier, Baden-Baden.
4. H. Hokenjos, Kohlenhändler, Lahr.

Wahlkreis 5 (Karlsruhe-Pforzheim).

1. Wilsch, Adolf, Kaufmann, Karlsruhe.
2. Bauer, Theodor, Oberregierungsrat, Karlsruhe.
3. Steinel, Eugen, Rechtsanwalt und Stadtrat, Pforzheim.
4. Hof, Karl Friedrich, Buchdruckereibesitzer und Gemeinderat, Bretten.

Wahlkreis 6 (Mannheim-Schweigen-Weinheim).

1. Haas, Ludwig, Hauptlehrer und Stadtrat, Mannheim.
2. Waldeck, Dr. Florian, Rechtsanwalt, Mannheim.
3. Brigner, Heinrich, Landwirt und Wagnermeister, Brühl.
4. Keller, Fritz, Fabrikant, Weinheim.

Wahlkreis 7 (Heidelberg-Mosbach).

1. Dr. Kohlhurst, Rupert, Geh. Hofrat, Stadtschulrat a. D., Heidelberg.
2. Brigner, Heinrich, Landwirt und Wagnermeister, Brühl bei Schweigen.
3. Krauth, Karl, Kaufmann, Eberbach.
4. Frei, Heinrich, Wagnermeister und Gemeinderat, Sandhausen.

Landeswahlvorschlag.

1. Oberbürgermeister Erwin Gündert in Pforzheim.
2. Landwirt Dr. Wilhelm Mattes in Stodach.
3. Erster Staatsanwalt Erich Döhrcher in Freiburg.
4. Wagnermeister und Landwirt Heinrich Brigner in Brühl bei Schweigen.
5. Kaufmann und Stadtrat Albert Dorn in Heidelberg.
6. Emma Schmidt, geb. Fahrbach, Hausfrau in Mannheim.
7. Oberpostsekretär Paul Walther in Mannheim.
8. Städtischer Arbeiter Karl Stöckler in Karlsruhe.
9. Hauptlehrer Kurt Fischer in Mannheim.
10. Professor Leo Gerstner, Vorsitzender des Landesjugendausschusses der D.V.P., Heidelberg.
11. Fabrikdirektor a. D. Karl Ringwald in Steinen, Amt Lörrach.
12. Gymnasialdirektor Max Weber in Konstanz.



Adolf Wilsch,

Kaufmann (Einzelhandel), in Karlsruhe, 43 Jahre. — Arbeitsgebiet: wirtschaftliche und Mittelstandsfragen, Sport und Leibesübungen; Ehrenämter: Handelsrichterstellvertreter usw. — Landtagsabgeordneter seit 1921, Wahlkreis 5.



Oberregierungsrat Bauer

Oberleutnant a. D., Stadtverordneter in Karlsruhe. Besonders Arbeitsgebiet: Fürsorge für Kriegsbeschädigte. (Kandidat im 5. Wahlkreise).



Eugen Steinel

Rechtsanwalt und Stadtrat in Pforzheim. — 46 Jahre alt. Kriegsteilnehmer. — Kandidat im 5. Wahlkreise.

...sofortigen Verhandlungen über die dringend nötige Änderung der Weinzölle geschaffen wurde. Der Standpunkt der nationalen (Wahl) hätte zum Zollkrieg und damit zur Verlagerung und Verschärfung der Frage geführt.

Der größte Bauernfreund des vorigen Jahrhunderts war der Kaiser von Österreich. Er schuf in Preußen die Bauernbefreiung, seine Politik war innen- und außenpolitisch nationale Realpolitik, liberale Politik, die richtige Mischung von glühender Vaterlandsliebe und vernünftigem Haß gegen die Fremdherrschaft einerseits — kühl und klarem abwägender Verstand andererseits. Auch heute kann nur die Politik zum Ziel führen, so wie sie in der Befreiung badischen Landes von der Besetzung bereits zum Erfolge geführt hat.

Kein Stand hat in Deutschland die absolute Mehrheit, jeder zur Erreichung seiner Wünsche auf die Mithilfe der anderen angewiesen. Wie will er diese aber finden, wenn er nach dem Muster der Deutschen, die viel versprochen, aber wenig gehalten haben, und des unter ihrer Führung stehenden Landbundes einseitige Interessenspolitik treibt!

Nur die Deutsche Volkspartei, die eine Politik des Ausgleiches und Interessen treibt, und eine Grundlage schaffen will, auf der alle Stände zum gemeinsamen Kampf gegen den äußeren Feind werden können, kann für jeden in Frage kommen, der im Rahmen der Gänge für seinen eigenen Stand durch Mithilfe der anderen etwas möglichst viel erreichen will.

Auch der denkende Bauer wählt deshalb aus vaterländischen und Standesrücksichten die Deutsche Volkspartei.

Was das Handwerk will.

Woslar. Hier hat unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Hasemann (Hildesheim) der Reichshandwerkersauschuß der Deutschen Volkspartei tagt. Der Reichstagsabgeordnete Kempter berichtete über die außenpolitische Lage, im Anschluß daran der Reichstagsabgeordnete Malermeister Haemann über Handwerker- und Wirtschaftspragen. Alles hänge von einer Stärkung der Produktionskraft des deutschen Volkes ab. Eine Verbesserung der Arbeitsmethoden in allen Zweigen der Wirtschaft sei hierfür notwendig. Eine dringende Aufgabe sei die Entlastung von einem übertriebenen Steuerdruck. Fallsch würde eine Finanzpolitik sein, die jetzt bereits zu später zu zahlende Reparationen spare. Alles verfügbare Geld müsse in die Wirtschaft. Das Handwerk insbesondere brauche Arbeitsbeschäftigung und Entlastungsmöglichkeiten. Von den öffentlichen Behörden müßten dauernd dem Kleingewerbe Kredite aber zu erträglichen Zinssätzen zur Verfügung gestellt werden. Die bisher einseitig gegebenen Kredite reichten nicht im entferntesten und weisen unerlässliche Bedingungen auf. Der Entwurf der Reichshandwerkersvereinigung sei vor dem Handwerk geheimgehalten, dagegen den Gewerkschaften zugänglich gemacht. Nicht durch Methoden der Zwangswirtschaft, sondern durch die freie Konkurrenz könne für die Gründung der wirtschaftlichen Verhältnisse gewirkt werden. Seine Ausführungen wie die anregende Aussprache fanden ihren Niederschlag in der folgenden einstimmig angenommenen Entscheidung:

„Der Reichshandwerkersauschuß der Deutschen Volkspartei erkennt an, daß — wesentlich bedingt durch das Vorgehen der D.V.P. — die Befreiung der letzten Zeit den berechtigten Forderungen des Handwerks entgegengekommen ist, insbesondere durch Ernennung des Reichskommissars und durch Vereinfachung sowie teilweise Ermäßigung der Reichsteuern.“

Sie arbeiten für unsere Gegner!

Die sozialdemokratische Provinzpresse bringt Fundberichte der D.V.P.-Sonderkorrespondenz aus Locarno, in denen davon die Rede ist, daß Dr. Luther und Dr. Stresemann füßeln wären und eine glühende Liebe und Achtung vor dem Völkerverbund bekundeten. Nicht genug damit werden von einer roten Zentralstelle Bildmatern verhandelt, die recht zweifelhaft und vom deutschen Standpunkte beschämende Karikaturen zu den Verhandlungen in Locarno bringen.

So finden wir im „Karlsruher Volksfreund“ eine Karikatur, die den deutschen Reichszentraler und den deutschen Außenminister mit abgenommenem Hut stehend vor einer Krumenbühnenbank zeigen. Auf dem Katheder der Konferenz sitzen Bismarck, Bismarck und Chamberlain. Der britische Außenminister steht hochausgerichtet hinter dem Katheder und kanzelt die deutschen Delegationsführer wie dumme Schuljungen ab. Chamberlain darf in dem sozialdemokratischen Blatte das bisherige Sträuben der deutschen Regierung gegen den Eintritt in den Völkerverbund als Fleiß bezeichnen und den deutschen Delegationsführern würdevoll folgendes sagen: „Daß es eine Fleiß war, wissen Sie selbst, Sie haben

auch ausgesprochen, es nicht wieder zu tun. — Also sehen Sie sich.“ Man merkt der Karikatur an, welche Freude es dem Zeichner bereitet hat, die deutsche Delegation vorzuglimpsen zu können. Die sozialdemokratische Provinzpresse, die das Bild bringt, glaubt durch Veröffentlichung solcher Karikaturen ihre frühere Politik rechtfertigen zu können und empfindet offenbar gar nicht, wie sehr sie im Gegenteil sich selbst bloßstellt und ihre Politik diskreditiert. In diesem Bilde vor allem tritt uns eine Würdelosigkeit entgegen, die nur noch übertroffen wird von der Ahnungslosigkeit, mit der ein weltfremdes deutsches Positivismus Eindrücke auf die öffentliche Meinung Europas machen möchte. Man hat in dieser Beziehung oft von einem pazifistischen Intuitionismus gesprochen, der tatsächlich an die Phrasen von der Gerechtigkeit, Güte und Menschenfreundlichkeit einer zudem gar nicht vorhandenen internationalen Demokratie glaubt.

(Wenn man sich der Ausdrucksweise des sozialdemokratischen Abgeordneten Ged.-Mannheim bedienen wollte, müßte man dieses Verhalten des „Volksfreundes“ sozia[mi]serabel nennen.)

Zum Aufwertungs-Kompromiß.

Zu denen, die heute die Erfolge der Aufwertungsgegebung freilicheren, gehören auch solche, die einst in Karlsruhe 10 Prozent als das Höchstmaß des zu Erreichenden bezeichnet haben! (Herr Dietrich.) Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß uns die Lösung der Frage nicht in allen Stücken befriedigt; das ist das Schicksal der Kompromisse. Es ist nichts als Agitation, wenn sich die Parteien der Opposition heute als die großen Freunde der Sparer hinstellen. Erreicht und geleistet haben sie nichts.

Was erreicht worden ist, verdanken wir vor allem der Deutschen Volkspartei, die in Düringer den ersten Vorkämpfer für die Aufwertungsfrage gestellt hat. Von den Bäckischen wird das Hehl der Sparer nicht kommen. (Ihr Karlsruher Spitzenkandidat ist übrigens ein ehemaliger freireligiöser Sonntagsprediger, daher wohl die „christliche“ Politik der Bäckischen aller Schattierungen!)

Zur Beamtenbefoldung.

Sind die „Rechtsparteien“ an den ungenügenden Gehältern der Beamten schuld?

Wir lesen in der Presse folgenden Bericht: „Am 8. Oktober nahm im preussischen Landtag der Finanzminister Dr. Höpfer-Aschhoff zu einer längeren Erklärung das Wort und betonte, daß sie nach einer Kabinettsitzung am Mittwoch die einmütige Auffassung aller Staatsminister darstellte. Er hob hervor, daß die preussische Staatsregierung sich nicht hinter dem Befoldungspergeseß oder dem Reichsfinanzminister verstecken wolle, sondern sich mit der Reichsregierung darin einig sei, daß es zur Zeit keinen Weg zur Erfüllung der Beamtenforderungen gebe.“

Herr Höpfer-Aschhoff ist Demokrat, die preussische Regierung steht aus Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten.

In der letzten Nummer der Zeitung des sozialistischen „Allgemeinen deutschen Beamtenbundes“ sucht sich dieser mit der Haltung seiner Genossenminister auseinanderzusetzen. Die Ausführungen sind recht kleinlaut. Man beschränkt sich darauf, es auffallend zu finden, daß der preussische Finanzminister einen Stellenwechsel vorgenommen hat und auch die Regierungen von Sachsen und Baden ihr entschiedenes Eintreten für Erleichterung der Lage der Beamten aufgegeben hätten. Da müsse etwas vorgegangen sein.

Potemkinsche Dörfer.

Neuerdings werden deutsche Industriearbeiter in einem beschränkten Teil des russischen Reiches von den Kommunisten herumgeführt, um ihnen den Eindruck zu vermitteln, der russische Arbeiter lebe herrlich und in Frieden. Nun besteht die russische Bevölkerung zu ungefähr 85 bis 90 Prozent aus Bauern, demgegenüber ist die Zahl der Industriearbeiter verhältnismäßig klein. Aber auch den Industriearbeitern geht es natürlich nicht so, wie den Arbeiterdelegierten vorgegaukelt wird. Die Arbeiterdelegierten verstehen natürlich kein Wort russisch, sie können deshalb mit den russischen Arbeitern nicht selbst sprechen. Sie brauchen dazu einen Dolmetscher. Die Auswahl der Dolmetscher ist deshalb für die russischen Drahtzieher von besonderer Bedeutung, die Dolmetscher werden denn auch sehr sorgfältig ausgesucht und dürfen nur das übersetzen, was die russische Regierung den Delegierten mitteilen will; das übrige wird sehr sauberlich verschwiegen. Da wollte kürzlich eine Delegation deutscher und deutscher Bergleute besonders geschickt sein. Diese Arbeiterdelegierten waren doch etwas mißtrauisch geworden. So hatten sie

den dem zuverlässigen Dolmetscher selbst ausgesucht, die die Sprache gründlich verstanden und Gewähr dafür boten, daß sie wahrheitsgemäß überlegen würden. Aber die Klugen hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Sowjetregierung war noch klüger als sie. Sie verweigerte einfach den Dolmetschern die Einreiseerlaubnis. Sie ließ den Delegierten erklären, sie selbst wären ihr sehr willkommen, aber das Recht Dolmetscher zu stellen, das behalte sich die russische Regierung allein vor.

Nun werden in der letzten Zeit in Deutschland überall Versammlungen mit solchen russischen Arbeiterdelegierten als Rednern abgehalten. Dabei haben die Sowjetpropagandisten nicht nur Kommunisten, sondern auch Sozialdemokraten nach Russland delegiert. Davon verspricht man sich noch größere Wirkung. Man hatte alles darauf eingestellt, den Delegierten in ihren Wünschen gerecht zu werden, damit sie dann später zu Haus recht schön von der russischen Herrlichkeit erzählen konnten. Um ganz sicher zu gehen, werden dorthin die Berichte der Arbeiterdelegierten von der kommunistischen Zentralleitung zensuriert, das ist durch eine Indiskretion aus einem Bericht der Zusammenkunft kommunistischer Distriktsleiter in Köln bekannt geworden. Den deutschen Arbeitern werden dann solche potemkinsche Dörfer vorgeführt; vielleicht glauben sogar manche Delegierte selbst an das, was sie sagen. Gerade deshalb muß auf die Praktiken der Russen hingewiesen werden. Denn wir haben das Vertrauen zur deutschen Arbeiterschaft, daß sie nur kurze Zeit in dieser Weise sich an der Nase herumführen läßt.

„Eine Landbundversammlung.“

„Aus dem Biezentel. — Am letzten Sonntag hielt der Landbund im Gasth. zum Ochsen in Tegernau eine ziemlich gut besuchte Wahlversammlung ab. Unser Spitzenkandidat H. Hagin von Tegernau sprach in schönen und verständlichen Worten das Programm des Landbundes. Bei seinen Ausführungen betonte er immer und immer wieder, daß der Landbund eine Partei der Mitte sein müsse in politischer Hinsicht. Sobald wir uns einer Rechts- oder Links-partei anschließen, so sei unser Schicksal schon besiegelt. Gegenüber den politischen Parteien vertrat H. Hagin den Standpunkt, daß doch jeder Bauer endlich zur Einsicht gekommen sein muß, daß es unmöglich sei, mit einer anderen Partei zu gehen. Sie halten wohl alle schöne Wahlreden und versprechen den Bauern den Himmel, aber leider sind ihre schönen Worte nur lauter Versprechungen. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, für den Landbund zu werben, damit der 30. Oktober zu einem Ehrentag der badischen Landwirtschaft werde.“

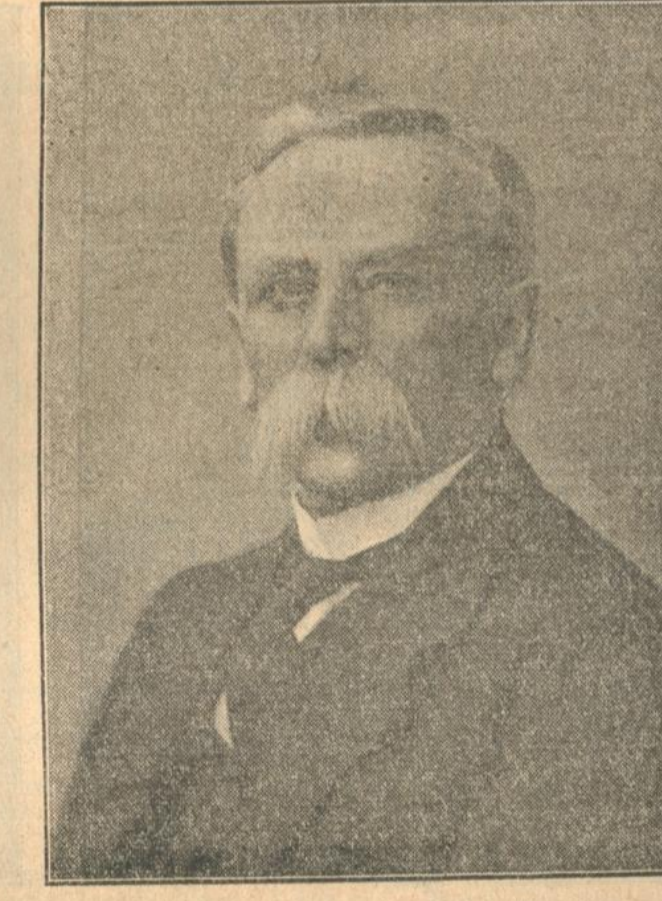
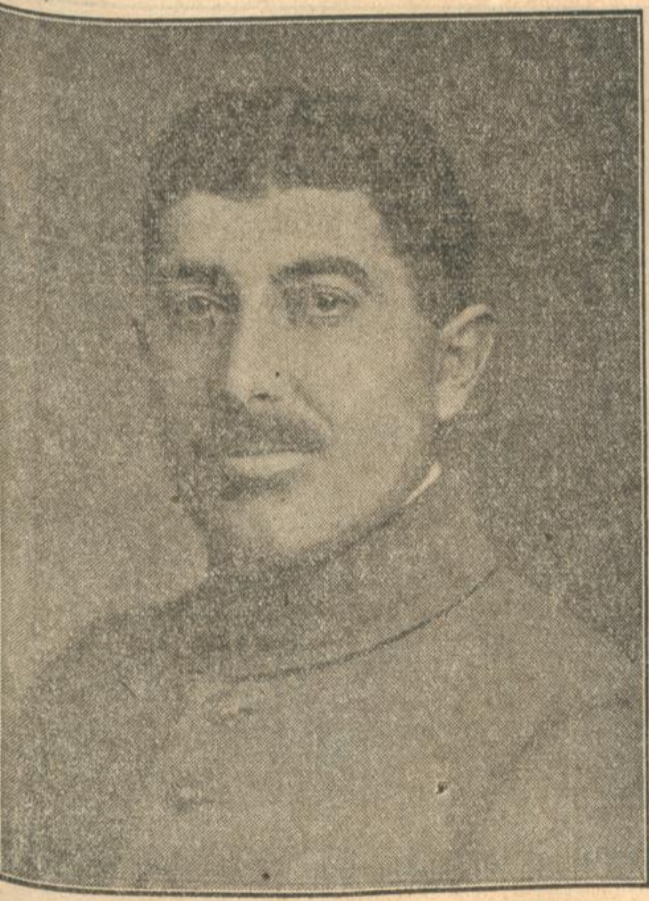
So zu lesen im „Markgräfler Tagblatt“ vom 20. Oktober 1921. Seitdem sind genau vier Jahre vergangen. Herr Hagin ist Kandidat des „Rechtsbunds“ geworden. Er hat gewaltig umgelernt. Seine Wähler werden hoffentlich klüger sein und sich sagen, daß sie weder eine Rechts- noch eine Linkspartei wählen, sondern wie Herr Hagin schon 1921 sagte, die Politik der nationalen Mitte unterstützen müssen. Diese wird aber nur von der Deutschen Volkspartei vertreten.

Die Kulturkampf-Pauke.

Vom Zentrum wird der Kulturkampf zu entsagen gesucht, ohne Veranlassung, ohne Not, ganz vom Zaune gebrochen. Jahrzehntealte Geschichten werden in den Zentrumsflugblättern aufgewärmt, Worte aus den Zusammenhängen gerissen. Man soll dort froh sein, wenn wir nicht mit gleichen Dingen aufwarten. Gewisse Leute wollen anscheinend den Kulturkampf, sie hoffen aus der Aufwühlung konfessioneller Leidenschaften wieder einmal Vorteile zu ziehen. Wir stellen das einfach fest und überlassen das Urteil den Wählern.

Ehret die deutsche Geschichte.

Wie diese Mahnung von den Reichsbanner-Regierungen aufgefacht wird, zeigte kürzlich die Verhandlung vor einem biesischen Schöffengericht. In dem Obenwald-Dörschen Billings war den Schulkindern während des Krieges als Belohnung für ihren Sammeleifer im Dienste vaterländischer Zweck ein Hindenburg-Bild geschenkt worden. Es hat dann seinen Platz im Schulsaal gefunden. Von dort hat Lehrer Daum das Bild im Jahre 1922 entfernt. Er rechtfertigte seine Handlungsweise vor Gericht durch Berufung auf einen Erlaß des Kreis Schulamtes Dieburg, daß Bilder, die den Krieg verherrlichen (!), aus den Schulen zu entfernen seien. Nach seiner Auffassung gehöre auch das Bild Hindenburgs dazu!



Ludwig Haas
Hauptlehrer und Stadtrat in Mannheim. 1879 in Ruppheim b. Karlsruhe geboren. Vater Landwirt. 1900 Eintritt in den Schuldienst. Seit 1900 in Mannheim. Vor dem Weltkrieg mehrere Jahre als Lehrer und Vorsitzender im Turnklub. Verein Mannheim tätig. 1914 bis Kriegsende an der Front. Mitglied der D.V.P. in Baden. 1919—1922 Stadtverordneter. Seit 1922 Stadtrat. Wahlkreisvorsitzender für den Bezirk Mannheim—Schwellingen—Weinheim.

Dr. Florian Waldek
Rechtsanwalt in Mannheim, geb. 1886 in Mannheim.

Geh. Hofrat Rupert Kohrhut
Stadtschulrat a. D. Heidelberg. War viele Jahre Mitglied der Zweiten Kammer der Landstände, dann deren Vizepräsident und Erster Präsident. Nationalliberaler Politiker, Stadtverordneter in Heidelberg usw. — Kandidat im Wahlkreis 7.

Wie Lehrer Daum in der Verhandlung weiter erklärte, haben auch andere Lehrer die Hindenburg-Bilder entfernt. Die Bewohnerschaft von Billings war über diese Maßnahme so enttäuscht, daß sie sich bis heute noch nicht beruhigt hat.

Zum Reichsschulgesetz.

Abg. Dietrich hat nach einem Bericht der „Neuen Badischen Landeszeitung“ in einer Versammlung in Durlach zum Reichsschulgesetzentwurf gesagt: „Wenn Herr Stresemann gesagt hätte, ich lege mein Amt nieder, so wäre dieser Entwurf nicht herausgekommen.“

Es sollte Herrn Minister a. D. Dietrich doch bekannt sein, daß der vorliegende Entwurf ein Referententwurf ist, mit dem sich das Reichskabinett noch gar nicht beschäftigt hat. Dr. Stresemann hat also gar nicht Gelegenheit gehabt, ihn vor der Bekanntgabe durch die Presse kennen zu lernen. Wozu dann also dieser sinnlose Spiel auf Stresemann?

Uebrigens haben wir den vorläufigen Entwurf und die Gefährdung der badischen Simultanschule nur den Herren Demokraten zu verdanken. Hätten sie in Weimar nicht das „berühmte“ Schulkompromiß mit Zentrum und Sozialdemokraten geschlossen, so bestände diese Gefahr für die Simultanschule nicht. An Warnungen hat es damals wahrhaftig nicht gefehlt.

Der Kulturausschuß der Deutschen Volkspartei im 23. Wahlkreis (am Niederrhein) hat sich nach Vorträgen der Abgeordneten Geheimrat Dr. Kunkel (Schleswig) und Frau Oberschulrat Thöne (Berlin) eingehend mit dem neuen Reichsschulgesetzentwurf beschäftigt. Die Versammlung ersucht die Reichstagsfraktion und die Landtagsfraktion dem Entwurf ihre Zustimmung nicht zu erteilen.

Diese Entscheidung ist deshalb bemerkenswert, weil sie aus einem norddeutschen Wahlkreis stammt, in dem die Konfessions-schule besteht. Es ist auch wichtig, daß ein so anerkannter Schulmann wie Herr Abg. Kunkel sich gegen den Entwurf erklärt. Es ergibt sich daraus die Lehre, daß der Versuch der Demokraten, die Süddeutschen gegen die preußischen Volksparteiler auszuspielen, untauglich ist. Beide Teile sind sich in der Ablehnung des Referententwurfes einig.

Zwei Seelen wohnen, ach, in ihrer Brust.

In einzelnen demokratischen Blättern geht man zu einer ganz merkwürdigen Methode des politischen Kampfes über. Man fängt an mit Mitteln zu arbeiten, die man sonst im demokratischen Lager als „nationalistische Demagogie“ zu bezeichnen pflegt. So bringt es ausgerechnet die „Neue Badische Landeszeitung“ fertig zu schreiben: „Stresemann hat einen Verzicht auf das deutsche Elsaß-Lothringen angeboten. Das sei seine Erfüllungspolitik.“ So einfach liegen die Dinge wirklich nicht. Wenn aber die Demokraten das Rezept gefunden haben, wie man das deutsche Elsaß-Lothringen zurück zu gewinnen kann, so mögen sie es nur nennen. Wir fürchten nur, daß diese Eroberung nicht mit den pazifistischen Redensarten der Demokratie möglich sein wird. Im übrigen mögen die betreffenden Politiker einmal die Rede von Dr. Curtius nachlesen, die dieser zu diesem Problem in Baden-Baden gehalten hat.

Es wird weiter behauptet, die Regierung Luther habe der Ruhrindustrie so ohne weiteres 700 Millionen Mark ausgegahlt. Die Sache liegt tatsächlich so, daß der betreffende Beschluß von der Regierung Marx unter der Mitwirkung demokratischer Minister gefaßt worden ist. Es ist auch bekannt, daß im Untersuchungsausschuß des Reichstages der ganze Schwindel der Angriffe hiergegen in nichts zerfallen ist. Aber auch hier macht sich die demokratische Zwei-seelen-Theorie angenehm bemerkbar: Einmal wird das Reich angegriffen, daß es die Ruhrindustrie durch die Entschädigungen vor dem Zusammenbruch bewahrt hat. Man hätte diesen Leuten keinen Pfennig geben sollen. Dann entdeckt man sein industriefreundliches demokratisches Herz und behauptet leichthin, der Reichstag habe 3 Milliarden zuviel auf Kosten der Wirtschaft bewilligt. (Demokratische Finanzminister äußern sich allerdings anders darüber!). Auf der einen Seite verspricht an den Beamten allerlei Dinge, auf der anderen Seite verweigert man dem Reiche die Mittel, durch die es allein in der Lage wäre, seiner Verpflichtung gegenüber den wirtschaftlichen Schichten nachzukommen.

Steuer-Demagogen.

Die Demokratische Partei agitiert stark mit der beweislosen Behauptung, daß im Reichstage über 3 Milliarden Steuern zuviel bewilligt worden seien. An Angriffen gegen die Steuererhebung läßt sie es nicht fehlen. Demgegenüber ist von Interesse, daß der demokratische preussische Finanzminister Höpfer-Wischoff auf einer Tagung in Barmen am 11. Oktober ausgeführt hat:

„Allerdings seien im Vorjahr mehr Steuern erhoben worden, als man gebraucht habe. Das Bild würde aber in diesem Jahre voraussichtlich anders aussehen. Der Ueberschuß würde gewaltig zurück gehen. Die abgeschlossene Steuerreform sei im großen und ganzen nicht schlecht, in der Einkommensteuerehebung sogar recht gut.“

Diese Ausführungen des demokratischen Ministers Höpfer passen sehr schlecht zu den Reden des demokratischen Abgeordneten Dietrich. Im übrigen fügt Höpfer-Wischoff noch hinzu, daß Besoldungserhöhungen der Beamten abgelehnt werden müßten.

Wo bleibt die soziale Gesinnung?

Herr Abg. Dietrich hat am 7. Oktober in Karlsruhe in einer Versammlung lt. „Karlsruher Tagblatt“ vom 8. Oktober folgendes ausgeführt:

„Der Zustand müsse ein Ende haben, daß der Staat Geld aus der Wirtschaft herauspreßt, um es den anderen, die nichts haben, zu geben.“

Wer sind diejenigen, „die nichts haben“, denen der Staat Geld geben muß? Doch die Kleinrentner die Sozialrentner, die schlecht bezahlten Beamten, die Kriegsbeschädigten usw.! Herr Dietrich meint, der Staat solle ihnen nichts geben, um die Wirtschaft zu schonen. So verstehen wir ihn. Wo bleibt da die vielgerühmte soziale Gesinnung der Demokratie? Herr Dietrich schwärmt doch sehr für die Aufwertung. Wie soll sie möglich sein, wenn keine Mittel beschafft werden. Er will (in der Agitation) den gering besoldeten Beamten helfen — aber er duldet keine Steuern usw. Welcher Zwiepsalt der Natur!

Geschichtliches.

Die „Neue Badische Landeszeitung“ schreibt zum Tode des Herrn Hugo Preuß:

„Und schon am 10. November (1918) war sich Theodor Wolff mit Hugo Preuß über die Zertrümmerung des alten wasserfesten Preisens und die Begründung einer republikanischen demokratischen Partei einig geworden. In einem kleinen Konferenzzimmer des „Berliner Tageblatts“ traten darauf zu endlosen Sitzungen die paar Männer zusammen, die der neuen Partei den Lebensodem einbliesen, Doktor Garbe, Hjalmar Schacht, Otto Ruloffe, Professor Gerland, Geheimrat Schreiber usw. Hugo Preuß, immer mit der Zigarre im Munde, dagwilschen.“

Trotzdem suchen uns die Herren Glogner und Dietrich weiß zu machen, die von den „paar Männern“ des „Berliner Tageblattes“ gegründete demokratische Partei sei die eigentliche Erbin der — Nationalliberalen Partei!

Das Zentrum gegen Herrn Hellpach.

Vor 25 Jahren hat bekanntlich Herr Dr. Hellpach in einer Broschüre geschrieben:

„Bis ins mittlere Bürgerthum hinein reichen die Fälle, wo Verlobte lange vor der Heirat in geschlechtlichen Umgang treten. Ueber die Art von Moral, wonach ein Geschlechtsakt unsittlich ist, solange kein Geistlicher die zwei Menschen mit ein paar Pfaffen und Jeremonten getraut hat, ist im letzten Jahrhundert ein erfreuliches Hinausstreiten unverkennbar.“

Der Zentrumsgewählte Höhr schreibt im Badischen Beobachter (Nr. 284), Herr Hellpach habe sich in seiner Weise gegen diese Sätze gewehrt, er hat auch mit seinem Wort zum Ausdruck gebracht, daß eine Sinnesänderung in ihm vorgegangen wäre. „Vielleicht hat er mir vor einer Woche sagen lassen, daß er auch heute noch zu seiner Schrift stehe.“

Dr. Höhr kündigt die Freundschaft mit folgenden Worten: „Ich habe mitgehört, Herr Dr. Hellpach zum Kultus- und Unterrichtsminister und auch zum Staatspräsidenten zu wählen. Zu meiner Entschuldigung kann ich nur das eine an-

führen, daß ich von dieser Broschüre Dr. Hellpachs keine Kenntnis hatte, also erst recht nicht wußte, daß Herr Dr. Hellpach heute noch sich zu einer solchen Auffassung bekennet. Herrn Dr. Hellpachs kulturpolitische Einstellung war für das Zentrum schon ohnehin eine schwere Belastung. Nachdem die Persönlichkeit Dr. Hellpachs jetzt weiter geklärt ist, wird die Belastung, die er für eine Koalition mit dem Zentrum bedeutet, umso stärker wiegen, und es wird zu prüfen sein, ob überhaupt künftighin eine solche Belastung für das Zentrum noch tragbar ist, ob ein Mann, der mit solchem Jgnismus urteilt über das, was uns Katholiken heilig ist, der eine solche Sexualpädagogik vertritt, als Minister des Kultus und Unterrichts überhaupt noch möglich ist.“

Man sieht: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr Hellpach kann jetzt gehen! Die Demokratische Partei war eben doch nur das „Feigenblatt“ für die Herrschaft der Herren vom Zentrum und von der Sozialdemokratie in Baden.

Wirtschaftspartei und Umlaufsteuer

Nicht nur Sozialdemokraten und Demokraten suchen aus der Verärgerung über die Steuern parteipolitischen Nutzen zu ziehen. Auch die Wirtschaftspartei, die sich an der Finanzreform beteiligt hat, kann die ungeschickliche Agitation nicht lassen. Am 10. Juni erklärte ihr Vorsitzender Abg. Drewh vor den Berliner Ortsgruppen wörtlich: „Wenn also die Umlaufsteuer heute gänzlich wegfällen würde, und wenn wir wieder das Veranlagungssystem auf Grund des wirklichen Einkommens bekämen, dann würden die Warenhäuser in der Regel nichts mehr zahlen. Deswegen soll ruhig etwas Umlaufsteuer bestehen bleiben, damit gerade die Großunternehmungen gesahrt werden können. Hinzu kommt, daß wir an und für sich auf Einnahmen aus der Umlaufsteuer angewiesen sind.“

In derselben Nummer des offiziellen Organs der Wirtschaftspartei, die diese Ausführungen wiedergibt, wird aber ein Schreiben ihrer Reichstagsfraktion an den Deutschen Zigarrenhändlerbund wiedergegeben, in dem genau das Gegenteil in folgendem Passus erklärt wird: „Die Befreiung der Umlaufsteuer hat die Fraktion bereits durch ihren Antrag 328 vom 4. Januar d. J. gefordert.“

Wieviel Katholiken wählen Zentrum?

Ein Drittel der deutschen Bevölkerung ist katholisch. Von allen Stimmberechtigten haben sich an der Wahl des 7. Dezember 78,7 v. H. beteiligt. Vorausgesetzt, daß die Katholiken nicht schlechter gewählt haben, als die anderen Bevölkerungskreise, ergibt sich eine Gesamtzahl von 12 800 000 wahlfähiger Katholiken. Davon haben Zentrum gewählt 4 118 000, während 8 682 000 Katholiken teils andere Parteien gewählt, teils sich der Stimme enthalten haben. Hinter dem Zentrum stehen also 32,2 v. H., das sind noch nicht ganz ein Drittel der wahlfähigen Katholiken überhaupt. Das Zentrum stellt in der Tat nur eine politische Minderheitsrichtung im deutschen Katholizismus dar, so überraschend es klingen mag. Es ist zwar zu beachten, daß bei der letzten Reichstagswahl insgesamt 400 000 ungültige Stimmen abgegeben wurden, worunter sich zweifellos auch katholische Stimmen befanden, dafür ist aber wieder in Rechnung zu setzen, daß dem Zentrum auch vereinzelte protestantische Stimmen zugesprochen sind.

Der „rote“ Wirth.

Beim Austritt von Dr. Jos. Wirth aus der Zentrumstraktion dachte man unwillkürlich an sein „berühmtes“ Wort: „Der Feind steht rechts.“ Er selbst nannte sich einmal „den roten Wirth.“

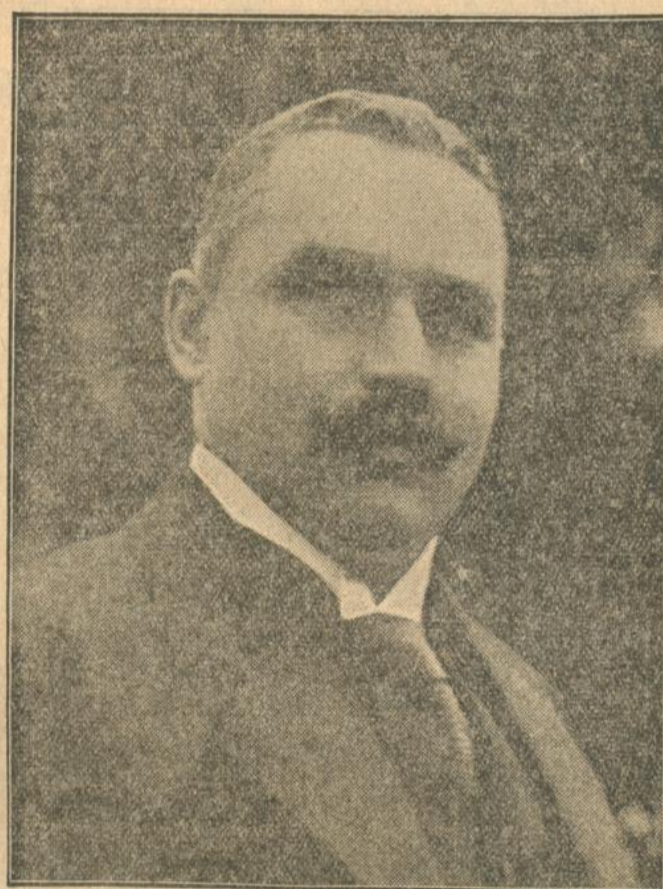
Als Wirth aus der Zentrumstraktion ausstieg, richtete Herr Fehrenbach ein Schreiben an die Fraktionsmitglieder, in dem er sagte: „Ein Beharren in der Verbindung mit der Linken hätte dem Zentrum die größten Gefahren gebracht, nicht nur bei der Landwirtschaft im Westen und im Süden, sondern auch in anderen Kreisen.“ Fehrenbach weiß besonders auf das württembergische Oberland hin. Die soziale Schichtung in jener Gegend unterscheidet sich kaum von der sozialen Schichtung in Baden: Kleinbauern, Handwerker der Kleinstädte, untere und mittlere Beamte und Teile der Arbeitererschaft zählen in diesen Gegenden zur Zentrumswahlerschaft. Diese bodenständigen Schichten wollen von dem einsichtigen Bündnis mit der religionsfeindlichen Sozialdemokratie nichts wissen.

Der Brief Fehrenbachs wurde auf dem Offenburger Zentrumstage flügerweise nicht erwähnt, denn er zeigt die eigentlichen Gründe des Geistes im Zentrum, über die man mit keiner Resolution hinwegkommen kann.



Heinrich Brigner,

Landwirt und Wagnermeister in Brühl b. Schwetzingen. Geb. 1866. Mitglied des Bezirksrats und Kirchengemeinderats, wiederholt Kandidat der Nat.-lib. Partei und D. V. P. Landtagsabg. seit 1924.



Eugen Gündert

Oberbürgermeister in Pforzheim. In Baden 1878 geboren, nach sieben-jähriger Tätigkeit als badischer Regierungsrat 2 Jahre im Reichsdienst beschäftigt gewesen, sodann als Magistratsyndikus in Stettin, von wo er als Beigeordneter nach Mainz 1911 gewählt wurde. In Mainz 1916 zum ersten Bürgermeister gewählt, verblieb dann noch 1 Jahr lang während der Franzosen-Belagerung dabeist, um am 1. Januar 1920 das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Pforzheim anzutreten. (Spitzenkandidat der Landesliste.)



Frau Emma Schmidt

Mannheim. Hausfrau, Ehrenamtliche Armenpflegerin, Vorstandsmitglied der kirchl.-liberalen Vereinigung. (Kandidatin der Landesliste.)

Wählt Liste 5.

Verantwortlich: Generalsekretär Wittig in Karlsruhe. — Druck von Ferd. Thiergarten (Badische Presse) Karlsruhe.

Wählt Deutsche Volkspartei.

Aus dem Stadtkreis

Entwicklungsfragen der Stadt Karlsruhe

Unter der vorstehenden Ueberschrift sind im Karlsruher Tagblatt (Nr. 451 und 467) zwei Aufsätze von Diplomingenieur H. D. Hoff...

Bekanntlich beschäftigt die Stadtverwaltung, das gesamte Material über den Generalbauplan der Stadt demnächst zu veröffentlichen und im Weg über den Buchhandel...

Insoweit erscheint die vom Bund Deutscher Architekten veranlaßte Eröffnung der Diskussion noch etwas verfrüht. Die in München angestellten Verkehrspläne sind nur ein Teil der Vorstudien für den Gesamtplan...

Föhnstimmung.

Nach einer Reihe rauher, unfreundlicher Herbsttage, die im hohen und mittleren Schwarzwald bereits den nahenden Winter erkennen ließen...

südwestlichen Luftströmungen ist in ganz Zentraleuropa ein kräftiger Temperaturanstieg eingetreten. Er zeigt sich am ausgeprägtesten in Großbritannien und im westlichen Teile des Festlandes...

Die Aenderungen der Lohnsteuer.

Als 1. Oktober sind die neuen Bestimmungen der Lohnsteuer in Kraft getreten. Der Steuerabzug ist folgendermaßen geregelt:

I. Für den Steuerpflichtigen bleiben vom Arbeitslohn 50 M monatlich (12 M wöchentlich) als Existenzminimum, 15 M (3,60 M) zur Abgeltung der Werbungskosten und 15 M (3,60 M) zur Abgeltung der Sonderleistungen...

II. Außer den unter I. bezeichneten Beträgen bleiben steuerfrei: 1. entweder (prozentuales System) je 10 Prozent des Einkommens, das über 80 M monatlich (19,20 M) hinausgeht...

Für jedes weitere Kind bleiben 50 M monatlich (12 M) steuerfrei. Von dem Arbeitslohn, der nach Abzug dieser Freibeträge verbleibt, sind stets 10 Prozent als Steuer einzubehalten.

Nach dieser Tabelle sind die Lohnbeträge erheblich, bei denen je nach dem Familienstand die Berechnung der Steuer nach dem einen oder nach dem anderen System zum denselben Ergebnis führt.

Bei den niedrigeren Lohnbeträgen wirkt das System der festen Abzüge günstiger, bei den höheren das System der prozentualen Ermäßigungen in Frage kommt, richtet sich danach, welches System im einzelnen Fall für den Steuerpflichtigen in seiner Gesamtheit günstiger wirkt.

prozentuale System. Diese Einkommensgrenzen ergeben sich aus der nachstehenden Tabelle:

Table with 4 columns: Familienstand, verheirateter Arbeiter, Jahres-, Monats-, Wochen-Arbeitslohn, and corresponding tax values for Chefran and Kinder.

Aus dieser Tabelle sind die Lohnbeträge erheblich, bei denen je nach dem Familienstand die Berechnung der Steuer nach dem einen oder nach dem anderen System zum denselben Ergebnis führt.

Bei den niedrigeren Lohnbeträgen wirkt das System der festen Abzüge günstiger, bei den höheren das System der prozentualen Ermäßigungen in Frage kommt, richtet sich danach, welches System im einzelnen Fall für den Steuerpflichtigen in seiner Gesamtheit günstiger wirkt.

und tagsüber eine ungewöhnliche Wärme im Gefolge hatte. So betrug die Mittwoch-Morgentemperatur im Rheinal, in Karlsruhe, Mannheim und Baden-Baden etwa 18 Grad Wärme...

Rückblicke vom Tage.

Donnerstag, den 22. Oktober.

1797 am 22. Oktober erfolgte der erste Fall von Schlafwandlung von einem Freischüler durch den Franzosen Garnier bei Paris.

Im Weltkrieg wurden am 22. Oktober 1915 Kumanowo und Sely durch die Bulgaren und ein Jahr später Konstantin erobert.

Eine wichtige Neuerung ist ferner die Möglichkeit, beim Vorliegen besonderer Verhältnisse den Steuerfreien Lohnbetrag zu erhöhen oder für zuviel gezahlte Lohnsteuer nachträglich auf Antrag die Erstattung vom Finanzamt zu verlangen.

Landtagswahl. Für die bevorstehende Landtagswahl dürfte es für viele von Interesse sein, zu erfahren, daß beim Statistischen Landesamt in Karlsruhe...

Kopf hoch, Charly!

Neuer Roman von Ludwig Wolff, dem Autor von „Garragan“

Copyright 1925 by Ullstein A.-G., Berlin.

PERSONEN:

- Frank Ditmar
Charlotte, seine Frau
Harry Moschenheim, Hoteller in New York
Rufus Quinn, ein amerikanischer Großbankier
Margie, seine Tochter
Olivier d'Ormesson
John Jakob Bunjes, Reeder in Hamburg
Der Herzog von Sanzedilla
Sergej Grigorjewitsch Platonoff, ein russischer Emigrant

I.

Muß es nicht sein?“ fragte Frank Ditmar mit unterdrückter Stimme seine junge Frau.

Charlotte blickte aus brennenden Augen auf das große Schiff, das abfahrbereit im Hamburger Freihafen lag.

„Muß es nicht sein, Charlotte?“, wiederholte Frank drängend. Sein junges, hübsches Gesicht war aufs äußerste angespannt.

Charlotte riß ihren Blick von dem drohenden Schiff weg und sah Frank an. Ihre Augenbrauen zuckten.

„Oh, Frank!“, sagte sie leise. „Ich glaube nicht an den reichen Onkel in Amerika.“

„Onkel Moschenheim wird helfen. Er wird ganz bestimmt helfen.“

„Du bist so optimistisch, Frank.“

„Gott sei Dank, Charlotte. Sonst hätten wir uns schon lange umbringen müssen.“

Sie stand hilflos da und hatte nicht die Kraft, zu antworten.

„Dabei ist es einen anderen Ausweg, Charlotte? Bitte, sprich doch! Muß ich nicht versuchen, mit Onkel Harry ein vernünftiges Wort zu reden? Er besitzt ein großes Hotel in New York, er ist ein reicher Mann und Junggeselle, ich bin sein einziger Nefte.“

„Du kommst nicht wieder, Frank, wenn du heute weggehst.“

„Du kommst nicht wieder, Frank, wenn du heute weggehst.“

„Du mußt tapfer sein, Charlotte.“

„Ich bin tapfer, wenn du bei mir bist, Frank. Ich kann alles für dich ertragen, ich kann hungern, ich kann jede Arbeit leisten, aber du mußt neben mir sein.“

„Ohne dich bin ich verloren.“

„Jorn stieg in seine Stille.“

„So komm doch mit nach Amerika! Steig ein! Fahr mit mir!“

„Du weißt genau, daß dies unmöglich ist, Frank. Ich habe keinen Paß und kein Visum. Ueberdies würde das Geld nicht reichen. Wie soll ich mitfahren?“

„Sein Mund verzerrte sich in Bitterkeit, da kam das Abschiedszeichen vom Schiff und machte ihn weid.“

„Wir wollen in der letzten Minute nicht streiten, Charlotte.“ sagte er ärztlich.

„Ketten begannen zu rasseln, Taue schliefen, viele Frauen standen zitternd auf dem Kaiser-Wilhelm-Dock und starrten angstvoll das Schiff an.“

„Gut wohl, mein Geliebtes!“, flüsterte Frank Ditmar mit gepreßter Stimme. „Bleib gesund.“

„Ich kann es nicht ertragen.“ schluchzte sie. „Ich kann es nicht ertragen, daß du von mir gehst, Frank.“

„Was soll ich tun?“ fragte er unsicher. „Nieber zusammen sterben, Frank, als voneinander gehen.“

„Er raffte sich auf.“

„Du nimmst alles zu schwer, Charlotte.“

„Ich kann mich nicht anders machen, Frank.“

„Das Leben ist leichter als du glaubst.“

„Das Leben ist noch viel schwerer als ich fürchte.“

„Gut wohl, mein Einziges!“

Sie stammelte hilflos zuckende Worte. Sie warf die Arme um seinen Hals. Sie bedeckte sein Gesicht mit verzweifelten Küffen.

Er riß sich los und stürzte weg.

Die Schiffbrücke wurde zurückgezogen. Viele Läufer wehten. Die niedergehende Sonne leuchtete in kumpsem Nebelrot.

Charlotte stand entwirrt und sah Menschen, Schiff und Himmel wie in einer Wolke. Die ganze Welt schien zu schlagen. Oder waren es nur die paar hundert Frauen, die mit nahegerückten Taschentüchern Abschied winkten?

Vielleicht war es ewiges und unabänderliches Los der Frauen, am Ufer zu stehen und ausreisenden Schiffen nachzuweinen.

Man mußte stark sein, dachte Charlotte. Man war ein Weib. Keine der Schwestern hatte es leichter, keine.

Aber da begann die Schiffslapelle zu spielen. Sie schmetterte voll Eingebung: „Muß ich denn, muß ich denn zum Städtle hinaus.“

Charlotte schwankte. Ihr Herz darrt in diesem nicht zu ertragenden Augenblick. Sie spürte Blutgeschmack im Mund.

Als sie wieder zur Besinnung kam, war das Schiff verschwunden. Die winkenden Frauen hatten sich entfernt. Die Sonne war weg, Nebel lag auf dem Wasser. Ein Oktoberabend stand schwerwütig vor Charlotte.

Mit unsicher tastenden Schritten wanderte sie dem Ausgang zu und suchte den Wagen, der sie zum Hafen gebracht hatte. Der Wagen war nicht mehr da.

Ein alter Arbeiter sah rauchend an der Ecke. Charlotte wandte sich an ihn und fragte, nach welcher Richtung sie gehen müsse, um den Freihafen zu verlassen.

Der alte Mann wies mit schwerfälliger Handbewegung den Weg.

Charlotte wanderte durch den dämmernen Abend. Wie eine sinnlose Maschine bewegte sie sich vorwärts. Keine Träne lag mehr im Augen-

Müller G. m. b. H., Karlsruhe, die Druckfertig...

Zeppelein-Ebene-Spende. Das Reisebüro des...

Weißenhofs-Rom-Pilgerzug. Das katholische...

Keine Trauungen in der Karwoche. Vom...

1600jähr. Gedächtnis des Nicäischen Glauben...

Erste juristische Prüfung. Auf Grund der...

Gezermal für die Leibdräger. In Verbindung...

Sven Hedin kommt nach Karlsruhe. Wie wir...

Zur Landtagswahl. Unserer heutigen Gesam...

Die Not des Landestheaters. Auf verschiedene...

Anbringung von Antennen-Anlagen an den...

auch den Gesunden entworfen worden. Mit...

Veranstaltungen.

Deutsche Demokratische Partei. Im Konzertsaal...

Wiener Hof-Oper. Das neue Programm (Direktion...

Hausbesucher-Versammlung. Heute abend 8 Uhr...

Beamte und Pensionäre. Heute Donnerstag, 8 Uhr...

D. Markreller G. m. b. H. am Samstag im Stad...

terin alten deutschen Sprachgut ist. Nach dem...

Standesbuch-Auszüge.

Erdbeffel. Regine B. 1877, 72 Jahre alt, Witwe...

Ämtliche Nachrichten

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernennung zum Gendarmerie-Kommissar der Gendar...

Aus dem Bereich des Ministeriums des Justiz.

Ausgelassen: Rechtsanwalt Oscar Buch beim...

Ernennung zum Gendarmerie-Kommissar der Gendar...

Gerichtssaal

Meineid.

tu, Karlsruhe, 21. Okt. In der fortgesetzten...

Staatsanwalt Dr. H. L. I. beantragte eine...

tu, Karlsruhe, 21. Okt. In der heutigen...

winkel, der Körper war ausgeblutet, wie ges...

„Ich heiße Charlotte — Charlotte —“

dieses Zusammensitzen an dem schön geschm...

nehmung gab die Anklage an, sie habe das...

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Zeit der Abendbrotzeit ist wieder gekom...

Infarkt das teure Fleisch der Suppe wegen...

Was unsere Leser wissen wollen.

Tagesanzeiger

Man beachte die Anzeigen.

Donnerstag, den 22. Oktober.

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Wer diesen Roman weiterlesen will

Partial text on the right edge of the page.

Aus Baden

dz. Bretten, 21. Okt. Auf die hiesige Stadt entfallen als Anteil an der Reichsfinanz...

Volkskänge, ebenso die russischen Volkslieder, die prachtvoll ausgeglitten und wunderbar sein abgetönt waren...

not auf der Straße Heidelberg-Girschhorn-Eberbach einen Liebwagen ein...

und die längen Pausen zwischen den Jagen ausfüllen und Samstags abends als Theaterzug fahren soll.

Sportliche Umschau.

Deutschland hat im Sportforum zu Berlin seine allgemeine Sportstätte erhalten, sein nationales Olympia...

burg in 5:15,48, Bich-Mschaffenburg in 5:15,51. Als zwölfter lief in alter Frische der bekannte 48-jährige Sportsmann Käfer vom Karlsruher Fußball-Verein ein...

Aus Nachbarländern

tu. Straßburg i. G., 21. Okt. Im Bahnhof von Herrlsheim im Oberelsaß steht ein Güterzug hart auf einem Pressblock...

Die letzte der internationalen leichtathletischen Veranstaltungen ging in Lausanne mit Teilnehmern aus Frankreich vor sich...

Für Gesellschaft u. Tanz Kleider Gold- u. Silber-Brocate, Velourchiffon, Velours Jacquard, Crepe de chine, Crepe Satin, Georgette, Chiffon in prachtvollen Farben. Leipheimer & Mende

Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung! Eier-, Butter-, Käse-, Spezial-Geschäft eröffnet habe. Täglich frische Erfrischer allerfeinste Fett-Butter. Käse Prima Stangentäse, Prima Romabour, Prima Edamer, Voll. Italiener Rahmtäse, Guter Emmentaler, sowie Camembert, Emmentaler ohne Rinde, Handkäse, 10 Stück 0.37 etc.

Sparen! heißt es heute, und deshalb 'büßle' ich und pflege meine Bretterböden und Treppen, ob alt, ob neu nur noch mit Büffel-Beize, der saßwischenbaren Glanzwachsbeize geruchlos, gelb, rot, braun.

Back- und Süß-Speisen-Kursus erteilt von Frau Dr. W. Jürgensen, Haushaltungslehrerin. Gründlicher Unterricht in der Bereitung einfacher bis feinsten Backwaren und Süß-Speisen, Hefeteige, Brühzeuge, Torten, Blätterteige, Strudel, Creme, Kleingeback usw. Die Herstellung geschieht im Gasherd



Ein vorzüglicher Kaffee!

Ich bin gewiß verwöhnt, aber „Quieta“ ist prima!
„Quieta“, die köstlichen Mischungen von Bohnenkaffee mit Kaffeegetränk...

Bucherer

empfeht
Tannen-Schleuder-Honig
Flund-Glas
Nr. 1.35

Bucherer

Raupenverteilung.

Alle Obst- und Nadelbäume sowie Gehäusen...
Mittels dieser Raupen werden in Gärten, Büschen, auf Hecken u. Wiesen...

Amtliche Anzeigen
Landtagswahl.

1. Am Sonntag, den 25. Oktober, findet die Wahl des badischen Landtags in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags statt...
2. Wahlberechtigt ist nur, wer in der Wählerliste steht...

12. Wer einen wichtigen Stimmschein erhalten hat, kann in jedem Wahlbezirk wählen, oder erst, wenn er den Stimmschein dem Wahlvorsteher...
13. Stimmscheine werden von der 1. Wahlgeschäftsstelle nach bis Samstag, den 24. Oktober...

Karlsruhe, den 20. Oktober 1925.
Der Oberbürgermeister.

Spätharveste 1925 betet.
Die diesjährige Spätharveste beginnt am 31. Oktober und endet am 3. November 1925...

Der kluge Möbel-Käufer
findet jetzt, was er sucht, in
Mühlburg, Lameystraße 51
große Preisvorteile, beste Qualität, große Auswahl...

Berufskleidung
aller Art in
nur guten Qualitäten und
solider Ausführung empfiehlt
WEINTRAUB
Kronenstraße 52

Gasthaus zu den 3 Kronen
Heute Schlachtag
Gut u. Mittag- u. Abendessen Prima neue Weine

Das Materialamt der Reichsbahndirektion Karlsruhe verleiht freilaufend...
Wohnungstausch
Wiesbaden-Karlsruhe.

Zu vermieten
Lagerraum
oder Verkleidung, hell, trocken, bis zu 75 qm groß...

In Baden-Baden
drei möblierte Zimmer
mit Küche und Zubehör...

Miet-Gesuche
Leeres Zimmer
von alleinlich. Dame...

Verloren-Gefunden
Verloren: ein Gürtel
Sonnst. Nacht, Weststadt...

Wenn Sie mich fragen -
dann sage ich Ihnen: Benutzen Sie zur Pflege Ihrer Schuhe das, was Millionen kluger Hausfrauen tagtäglich gebrauchen: die altbewährte Schuhereme Erdal.

Erdal
Die Normaldose schwarz 25 Pf.

Wohnungstausch
6-7 Zimmer
central, aber ruhig, evtl. mit Garten in aut. Gasse.

Kapitalien
2-3000 Mark
gen. bsp. Bins. pünktl. Rückzahlung u. Sicherheit...

Offene Stellen
Graves, fleißiges Mädchen
zur Hilfe im Haushalt...

Stellen-Gesuche
Suche f. meine Ehefrau
18 Jahre, Mädchen vom Land...

Billige Kamelhaar-Schuhe

Table listing various shoe models and prices: Laschenschuhe, Umschlagschuhe, Schnallenstiefel, etc.

TIETZ

Haus zu verkaufen
1 Minute vom Kaiserplatz mit hochherrschäftlicher, mit allem Komfort ausgestatteter, zum 1. Januar bzw. 1. April 1926 freierwerdender 7 Zimmer-Wohnung...

Stenographin
Junge, gewandte
Bauk. edelender Herr oder Dame...

Chauffeur
gelernt, Mechanik, 21 J., led., mit Motorfahrr., Führerschein II und III...

Verkäufe
Fabrikneuer Band-Gasbadewannen
mit Dusche u. Zimmerheizung...

Britischenwagen
auch als Anhänger für Bulldogge einsetzbar...

Gönnleberner
werden fortwährend an höchsten Tagespreisen angekauft...

Gelegenheitskauf.
Ein fabrikneuer deutscher Marken-Wallwagen...

Schreibmaschine
mit Tisch
Ideal mit Tabulator, ganz wenig gebraucht...

Herrnfahrräder
neue, mit Bremsanlage u. prima Gummireifen...

Fässerverkauf
neue und gebrauchte von 30-50 Liter...

Grabsteine
kaufe fleißig alte Grabsteine...

Gebisse
(Wahlsilber, Gold-, Silber- und Platingegenstände...

Neues Delikates- Sauerkraut
Weingärtnerei
9 Pf. / 85 Pf.

Bayerisches Rauchfleisch
205 Pf.

Echte Frankfurter Würstchen
1.40 Pf.